Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Datum 25.03.2024 | Verbreitete Auflage 187.343
Seite 17 | Reichweite 890.000
Autor Hans-Jürgen Urban

Mit der "Soli-Rente plus" mehr Geld im Alter - ohne Risiko

| STANDPUNKT | von Hans-Jürgen Urban

Die annähernde Sicherung des Lebensstandards im Alter ist ein Kernversprechen des Sozialstaats. Dennoch haben die Rentenkürzungsreformen der Nullerjahre eine Lücke zwischen Arbeitseinkommen und gesetzlichen Renten gerissen. Auch wenn das geplante neue Rentenpaket II das Rentenniveau bei 48 Prozent bis 2039 sichert: Die bestehende Versorgungslücke schließt es nicht. Eine ergänzende Altersvorsorge bleibt für viele unverzichtbar. Doch die einstigen Hoffnungsträger der Zusatzvorsorge sind ihrerseits zu Sorgenkindern mutiert. Der Anteil der Beschäftigten mit Anspruch auf eine Betriebsrente sinkt. Und die intransparente und renditeschwache Riester-Rente blieb weit hinter den Erwartungen zurück.

Seit geraumer Zeit kommt daher ein neuer Akzent in die Debatte um bessere Alterseinkommen. Verbraucherschützer, Politiker und Wissenschaftler setzen große Hoffnungen auf einen öffentlich verwalteten Vorsorge- oder Bürgerfonds. Mitunter wird gar gefordert, die Einzahlungen in einen solchen Fonds obligatorisch zu machen und Abwahlmöglichkeiten (Opt-out) stark zu regulieren. Zugleich solle so ein Fonds auch für betriebliche Altersversorgungssysteme geöffnet werden, um vor allem kleinen und mittelständischen Unternehmen einen gangbaren Weg zu einer Betriebsrente zu ebnen.

Gegen die Staatsfondslösung werden allerdings auch Einwände vorgebracht.

Mit der Einführung käme es zu einer erheblichen Wettbewerbsverzerrung zulasten privater Anbieter; der finanzielle Aufwand für den Aufbau eines Verwaltungsapparats sei erheblich; und letztlich dürften die Renditechancen nicht überschätzt und die Kapitalmarktrisiken nicht unterschätzt werden.

Wer die Alterseinkommen breiter Bevölkerungskreise verbessern, Wettbewerbs-, Verwaltungs- und Renditeprobleme aber vermeiden will, benötigt ein einfaches, verwaltungsarmes und trotzdem sicheres sowie rentierliches Vorsorgeprodukt. Ein solches existiert bereits als Art Hidden Champion, allerdings fristet es ein Dasein jenseits der gegenwärtigen Debatten.

Schon heute sind Einzahlungen in die gesetzliche Rentenversicherung möglich, die über die Pflichtbeiträge hinausgehen und Renten spürbar erhöhen können. Diese Option wird zunehmend genutzt: Laut Rentenversicherung stieg die Summe der zusätzlichen Beiträge von Pflichtversicherten innerhalb von zehn Jahren von 22,4 Millionen (2012) auf 1,1 Milliarden Euro (2022). Die von der IG Metall in die Debatte gebrachte Soli-Rente plus greift diese Entwicklung auf und will sie verstärken.

Der Grundgedanke ist nicht ganz neu. Er knüpft an die bis 1992 bestehende Höherversicherung an und entwickelt sie weiter: Versicherte sollen sich leichter als heute in gewissem Umfang freiwillig in der gesetzlichen Rentenversicherung zusätzlich versichern können. Diese Höherversicherung sollte in zwei Ausbaustufen möglich sein.

Auch wenn das Rentenniveau zunächst gesichert ist, sind die Renten zu niedrig.

Die kleine Soli-Rente plus würde befördert, wenn die heute bestehenden Möglichkeiten des Ausgleichs von Rentenminderungen verwaltungstechnisch vereinfacht würden. Heute gibt es für tarifliche oder betriebliche Modelle etwa im Metallhandwerk unnötige bürokratische Hürden. Soll die Höherversicherung allerdings zu einer breit nutzbaren Option ausgebaut werden, müsste der gesetzliche Rahmen noch erweitert werden: Einzahlungen zugunsten der Arbeitnehmer sollten ohne anzugebenden Verwendungszweck und auch in Form von Arbeitgeberbeiträgen in monatlichen oder jährlichen Tranchen möglich sein. Um zu verhindern, dass Spitzenverdiener die gesetzliche Rentenversicherung zum Spekulationsobjekt machen, sollte die Höhe der möglichen Beitragszahlung begrenzt werden. Und um sicherzustellen, dass sie auch Beziehern von Niedrigeinkommen zugutekommt, sollte die Regelung unter Tarifvorbehalt gestellt werden.

Die Verwaltungskosten der gesetzlichen Rentenversicherung sind mit unter 2 Prozent unschlagbar gering. Die Wertentwicklung der Einzahlungen folgt dem Rentenrecht und damit der Lohnentwicklung. Fachleute schätzen diese wie in der Vergangenheit auf etwa 3 Prozent. Die in der Rentenversicherung angesammelten Beiträge müssen keineswegs spekulativ und mit hohen Risiken angelegt werden. Sie können liquiditätsnah als werterhaltende Anlagen Verwendung finden. Sollten die Zinsen tatsächlich die notwendige Höhe unterschreiten, könnte der Staat für eine Leistung, die Beschäftigten aller Tarifgruppen zugutekäme, einstehen. Die Aufwertung von Tarifbindungen der Unternehmen wäre ein willkommener Nebeneffekt.

Zudem müsste sichergestellt werden, dass die zeitweilig überschießende Liquidität nicht zu heutigen Beitragssatzsenkungen und ungewollten Belastungen der nachkommenden Beitragszahler führt. Doch dazu könnte (wie im Rentenpaket II erneut geschehen) eine Beitragssatzuntergrenze definiert oder die zulässige Nachhaltigkeitsrücklage erhöht werden. Kurzum: Eine Soli-Rente plus, wie sie die IG Metall fordert, ist machbar, rentierlich und genügt sozialstaatlichen Kriterien.

Hans-Jürgen Urban ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, verantwortlich für Sozialpolitik.